

|                     |   |
|---------------------|---|
| <b>Zeitschrift:</b> | Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes |
| <b>Herausgeber:</b> | Schweizerischer Gewerkschaftsbund   |
| <b>Band:</b>        | 29 (1937)   |
| <b>Heft:</b>        | 10  |
| <b>Artikel:</b>     | Wie finanziert Deutschland seine Aufrüstung?  |
| <b>Autor:</b>       | Endom, Walter   |
| <b>DOI:</b>         | <a href="https://doi.org/10.5169/seals-352875">https://doi.org/10.5169/seals-352875</a>             |

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Wie finanziert Deutschland seine Aufrüstung?

Von Walter Endom.

## Autorisierte Uebertragung.

Das Problem der deutschen Aufrüstung steht im Mittelpunkt jeder politischen Betrachtung der gegenwärtigen Situation der Welt. Deutschland macht den Versuch, seine hochaufrüsteten Nachbarn in wenigen Jahren zu überflügeln. Wird ihm dieser Versuch gelingen? Oder wird das rohstoffarme Deutschland gezwungen sein, auf halbem Weg stehen zu bleiben, wenn es nicht dem völligen wirtschaftlichen Ruin entgegentreiben will?

In ernst zu nehmenden Wirtschaftskreisen wird die Frage der deutschen Aufrüstung meistens mit grosser Skepsis behandelt. In der Tat gibt es eine Reihe von Faktoren, die diese Skepsis berechtigt erscheinen lassen. Um aufzurüsten, so sagt man, muss ein Land wie Deutschland ungeheure Mengen verschiedenartigster Rohstoffe importieren, und zu einem grosszügigen Rohstoffimport fehlen Deutschland die notwendigen Zahlungsmittel. Der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank betrug im Jahresdurchschnitt 1936 nur 75 Millionen Reichsmark, gegenüber 2806 Millionen im Jahre des grössten Devisenschatzes (1931). Auch die Ausfuhr reicht trotz aller Bemühungen um ihre Forcierung keineswegs aus, um den deutschen Rüstungsimport zu financieren. Sie betrug im Jahre 1936 insgesamt 4,8 Milliarden RM., gegenüber 5,7 Milliarden RM. im Hauptkrisenjahr (1932) und gegenüber 13,5 Milliarden RM. auf dem Höhepunkt der letzten Konjunktur.

Angesichts dieser Schwierigkeiten hat Hitler für Deutschland die Parole der Rohstoffautarkie verkündet. In vier Jahren soll Deutschland so weit sein, um auf die Einfuhr der wichtigsten Rohstoffe verzichten zu können.

Es lässt sich nicht ableugnen, dass Deutschland in den letzten Jahren bereits eine Reihe von Erfolgen auf dem Gebiet der Autarkisierung erreicht hat. In deutschen Konfektionsgeschäften kann man heute bereits Anzüge kaufen, die aus künstlichen Faserstoffen statt aus Wolle oder Baumwolle hergestellt worden sind. Die Bereifung von Automobilen kann heute mit Buna erfolgen, einem Stoff, der dieselbe chemische Zusammensetzung wie Gummi hat und in den deutschen chemischen Fabriken hergestellt wird. Die Autos selbst können mit «Leunabenzin» betrieben werden, und dieses Benzin wird in deutschen chemischen Werken statt auf ausländischen Oelfeldern gewonnen. In Deutschland selbst haben grosszügige Bohrungen einiges Erdöl finden lassen und alte längst stillgelegte Erzbergwerke werden von neuem ausgebeutet. In manchen Fabriken werden jetzt Glasrohre verwendet, wo man früher ausschliesslich Metallrohre gebrauchen konnte.

Wenn man sich vorstellt, dass die deutsche Wirtschaft und die deutsche Wissenschaft die «Autarkieschlacht» weitere vier Jahre lang mit staatlicher Unterstützung und Subventionierung durchführt, so kann man die Möglichkeit neuer grosser Erfolge nicht ohne weiteres in Abrede stellen.

Allerdings haben alle diese Erfolge, wenn man sie genauer untersucht, gar nichts Wunderbares an sich. Ein «Wunder» wäre es nur, wenn es der deutschen Technik gelingen würde, Gummi, Benzin, Wolle, Eisenerze usw. zu annähernd den gleichen Gestehungskosten zu liefern wie die «natürlichen» Produzenten. Erst dann könnte man im ökonomischen Sinne von wirklichen Ersatzstoffen sprechen. In Wirklichkeit aber ist das Buna nach amtlichen Angaben heute etwa drei bis viermal so teuer wie natürliches Gummi. Die Herstellung des Leunabenzins kostet das dreifache der Benzingewinnung bei normalen Produktionsbedingungen. Die Kunstfasern sind weit weniger haltbar als die natürlichen Gewebe. Die wieder in Betrieb gesetzten Bergwerke hatten sich schon vor Jahren und Jahrzehnten als unrentabel erwiesen, und die Glasrohre sind infolge ihrer leichten Zerbrechlichkeit ausserordentlich unwirtschaftlich.

Die Forcierung der «Ersatzstoff»-Produktion ist in Deutschland «im Prinzip» bis zur vollständigen Rohstoffautarkie durchführbar. Sie ist «nur» eine Kostenfrage.

In jedem Staat ist die Durchführung der Aufrüstung sowieso mit riesigen Kosten verbunden. Für Deutschland aber müssen diese Kosten ins Ungemessene steigen, weil es gezwungen ist, für die Gewinnung der gewöhnlichsten Rohstoffe den doppelten, den dreifachen und vierfachen Preis zu zahlen. Dabei hat Deutschland den Ehrgeiz, seine Aufrüstung umfassender durchzuführen als irgend ein anderer Staat und in kürzerer Zeit. Es baut in grösster Hast Kasernen, Festungen, Tanks, Kriegsschiffe, Flugzeuge und Kanonen und dazu muss es auch noch gleichzeitig im Interesse seiner Rohstoffversorgung die merkwürdigsten ökonomischen Projekte durchführen. Ueberdies werden in Deutschland, da jegliches Kontrollrecht des Volkes fehlt, das die staatliche Grosszügigkeit dämpfen könnte, auch für manche Liebhaberei, für manches Steckenpferd, wie zum Beispiel die Autobahnen, von sehr ungewissem Nutzen selbst für die Aufrüstung, von ökonomischem Nutzen ganz zu schweigen, astronomische Summen ausgegeben. Bis Ende 1937 haben allein diese Autobahnen nahezu 1,5 Milliarden RM. gekostet und sind dabei noch lange nicht fertig.

Deutschland ist aus dem Weltkrieg, aus den Nachkriegswirren und insbesondere aus der Wirtschaftskrise als ein ausserordentlich armes Land hervorgegangen. Woher kann es auf die Dauer solch gewaltige Mittel hernehmen? Grössere Auslandsanleihen hat der Nationalsozialismus noch nicht erhalten, und nichts spricht dafür, dass er in absehbarer Zeit solche Kredite aufnehmen will. Auch die Autarkisierung, selbst wenn sie völlig

gelänge, gibt keine Antwort auf die Frage: wie macht es Deutschland, um diese gigantischen Kosten für seine Aufrüstung aufzu bringen?

Für ein armes Volk gibt es, wie für einen armen Menschen, im Grunde nur einen Weg, sich Zahlungsmittel für ausserordentliche Ausgaben zu verschaffen: das Volk, wie der arme Mensch ohne Vermögen, muss sich das Geld vom Munde absparen; es müssen Entbehrungen von ihm erzwungen werden, um das erforderliche Geld aufzubringen. Auch Ueberarbeitung bei gleichbleibender oder abnehmender Kost und Pflege ist schliesslich nur ein anderer Modus mit dem eigenen Fleisch und Bein das fehlende Vermögen zu ersetzen.

Nun, das Volk heute in Deutschland muss sich das Geld vom Munde absparen. Es werden Entbehrungen von ihm erzwungen und dazu höhere Arbeitsleistung. Das ist der Weg der deutschen Regierung, um die Aufrüstung zu finanzieren. Die von keierlei demokratischem Hemmschuh gebremste Macht und der Terror sind gute Hilfsmittel, unentbehrliche Hilfsmittel für dieses Finanzierungssystem. Wie weit diese Presse weiter zugedreht werden kann, wird die Zukunft lehren.

Betrachten wir die heutigen deutschen Verhältnisse nüchtern und sachlich, dann wird sich das «Wunder» der Finanzierung der Kriegsrüstungen uns entschleiern.

Die deutsche industrielle Produktion war nach den Berechnungen des deutschen Institutes für Konjunkturforschung im Jahre 1932 auf 58 Prozent des mengenmässigen Ertrages von 1928 herabgesunken. Im vierten Jahr des Hitlerregimes (1936) hatte sie ihren ehemaligen Höchststand bereits wieder überschritten, die Indexziffer betrug 108 Prozent von dem Ergebnis des Jahres 1928. Diese gewaltige Produktionssteigerung ist weniger auf Einführung neuer Maschinen zurückzuführen, als auf verstärkte menschliche Arbeit. Infolge der Eindämmung der Arbeitslosigkeit wuchs die Beschäftigtenzahl von 12,7 Millionen (1932) auf 17,1 Millionen (1936). Gleichzeitig stieg die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit der Industriearbeiter von 6,91 Stunden (1932) auf 7,59 Stunden (1936). Nach den Ergebnissen der Industrieberichterstattung über die sogenannte Arbeitsstundenkapazität fand in diesen vier Jahren eine Steigerung der Gesamt-Arbeitsleistung in der Industrie um nicht weniger als 82,1 Prozent statt. Würde man die aus dem faschistischen Antreibersystem resultierende Verschärfung der Arbeitsintensität mit einkalkulieren, so würde man zweifellos zu einer Arbeitssteigerung von mehr als 100 Prozent kommen. Diese Berechnung stimmt sehr gut mit der oben angegebenen Steigerung der Produktion zusammen.

Das also das deutsche Volk mehr gearbeitet hat, ist erwiesen. Wenn nun breite Teile des Volkes an dem Verzehr der zusätzlich produzierten Güter beteiligt gewesen wären, so hätte der Mengenumsatz im Kleinhandel, vor allem aber im Lebensmittelhandel,

ungefähr im selben Verhältnis steigen müssen. Tatsächlich beträgt aber die mengenmässige Steigerung im Kleinhandelsumsatz von 1932 bis 1936 nach den amtlichen Ziffern nur 18,5 Prozent, im Nahrungsmittelhandel sogar nur 10,3 Prozent\*. In Wahrheit dürfte die Steigerung noch geringer sein, da die allgemeine Teuerung entsprechnd den amtlichen Indexzahlen nur mit 3,2 Prozent (für Nahrungsmittel mit 6 Prozent) einkalkuliert worden ist. Auch bei vorsichtigster Schätzung darf man annehmen, dass die Teuerung aber wesentlich grösser war, selbst wenn man die Qualitätsminderungen ziemlich aus dem Spiel lässt.

Die laufend veröffentlichten Kleinhandelskreise bestätigen übrigens diese Vermutung. Ausserdem muss berücksichtigt werden, dass die etwas kapitalkräftigeren Teile der Bevölkerung aus Angst vor einer Inflation und aus Angst vor einer Warenverknappung grosse Mengen Kleider, Möbel, Lebensmittel usw. kauften. Solche Käufe haben hauptsächlich 1934 stattgefunden, während die Hamsterei von Lebensmitteln erst 1935 in grösserem Umfang eingesetzt hat. Typischerweise hat nun die Umsatzvermehrung im Nahrungsmittelhandel überhaupt erst 1935 begonnen, während der Umsatz von 1933 bis 1934 sogar absolut abgenommen hatte. An den Hamsterkäufen können sich die breiten Massen des Volkes natürlich kaum beteiligen und erst recht können sie nicht als Anzeichen allgemeinen Wohlstandes angesehen werden. Wenn wir sie aber von den Kleinhandelsumsätze in Abzug bringen, so kommen wir zu dem erschreckenden Ergebnis, dass sich der Lebensstandard der breiten Massen trotz der bedeutend gestiegenen Arbeitsmenge seit dem Krisenjahr 1932 eher noch verschlechtert hat. Gewiss haben breite Schichten der ehemaligen Arbeitslosen seit 1932 Arbeit gefunden, und wenn ihre Lohnverhältnisse auch im allgemeinen besonders ungünstig sind, so muss sich ihr Lebensstandard im Vergleich zur Zeit ihrer Erwerbslosigkeit dennoch gehoben haben. Die Löhne und Gehälter derjenigen aber, die schon vorher im Betrieb waren, die sind dafür im allgemeinen erheblich gesunken.

Diese Tatsache wird von den amtlichen Stellen zwar immer wieder bestritten, aber trotz allen faschistischen Verschleierungskünsten gehen sie aus einer Reihe offizieller statistischer Angaben mit ausreichender Deutlichkeit hervor. So zeigen die amtlichen Lohnerhebungen, soweit sie überhaupt vergleichbare Resultate liefern, durchweg erhebliche Lohnsenkungen. Zum Beispiel betrug der amtlich ausgewiesene wöchentliche Bruttoverdienst:

|                         | 1932   |           | 1935  |           | Senkung<br>1932/35 |
|-------------------------|--------|-----------|-------|-----------|--------------------|
| In der Schuhindustrie . | März   | 70,8 Rpf. | März  | 61,6 Rpf. | 13,0 %             |
| Im Buchdruckgewerbe .   | Juni   | 115,0 »   | April | 103,8 »   | 9,8 %              |
| Im Steindruckgewerbe .  | Juli   | 86,4 »    | April | 79,6 »    | 7,6 %              |
| Für Maurer . . .        | August | 85,4 »    | Sept. | 76,4 »    | 10,5 %             |

\* Wir kommen zu diesem Ergebnis, indem wir die Indexziffern des wertmässigen Einzelhandelsumsatzes für 1932 und 1936 durch die entsprechenden Indexziffern für die Kleinhandelspreise («Lebenshaltungskosten») dividieren und die Resultate miteinander vergleichen.

Hienach also eine Senkung des Brutto-Stundenverdienstes der Arbeiter und Angestellten um roh gerechnet 10 Prozent bis 1935! Bei gleichzeitiger Verteuerung der Lebenshaltungskosten und enorm gesteigerten öffentlichen und durch Terror erzwungenen Abgaben! Es versteht sich, dass auch sehr viele Händler, Handwerker und andere Mittelständler durch die mangelnde Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten in ihrem Einkommen geschränkt worden sind.

Die grosse Menge von Werten, die somit vom deutschen Volk sozusagen gratis produziert worden sind, auf welche Weise kommen sie der Aufrüstung zugute? Nun, ein beträchtlicher Teil dieser Werte wird weggesteuert. Die Einnahmen des Reiches aus Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben erhöhten sich vom Rechnungsjahr (April bis März) 1932/33 bis zum Rechnungsjahr 1936/37 um 4,8 Milliarden RM., das heisst um 72,6 Prozent!

Ein weiterer Teil dieser gratis erzeugten Werte (gratis, wenn wir den Arbeitsentgelt vor Hitler am Tiefpunkt der Krise als volle Bezahlung annehmen wollen), wird von den Unternehmern selbst in der sehr profitablen Rüstungskonjunktur angelegt. Die Anlage neuer Kapitalien in der Konsumgüterindustrie findet dagegen zum Glück für die deutsche Aufrüstungspolitik nicht statt. Im Gegenteil, der Rückgang des Konsums hat natürlich zu einem starken Rückgang des Anteils der Konsumgüterindustrie an der Gesamtindustrie geführt. Im Jahre 1935 war es in der Nahrungsmittelindustrie zu mehreren grossen Zusammenbrüchen gekommen. Inzwischen hat sich die Lage der Konsumgüterindustrie zwar etwas konsolidiert, aber lange nicht in ausreichendem Mass, um grössere Neuinvestierungen von Kapital hier als profitabel erscheinen zu lassen.

So kommt es, dass grosse Kapitalien auf dem Geldmarkt angeboten werden. Die Folge davon ist eine starke Geldverflüssigung. Zum Beispiel fiel der Privatdiskont von 4,95 Prozent (1932) auf 2,96 Prozent (1936). Der Staat hat sich diese Tatsache zunutze gemacht, indem er durch den Verkauf von Schatzwechseln und anderer Kreditpapiere zu billigem Zinssatz einen grossen Teil der verfügbaren Gelder an sich zog. Seit 1935 ist er dazu übergegangen, einen Teil dieser Kredite durch Auflegung verschiedener langfristiger Anleihen zu fundieren. Der so geschaffene Fundierungsblock beträgt jetzt bereits 5,8 Milliarden RM. Ein grosser Teil der Anleihen wurde den Sparkassen und Versicherungsanstalten als Zwangsanleihen auferlegt; nur ein Teil wurde freiwillig vom Publikum übernommen. Daher führten die Fundierungsmassnahmen zwar neuerdings zu einer gewissen Versteifung am Geldmarkt, aber diese Versteifung entspricht längst nicht dem Umfange jener Anleihen.

Der Staat bekommt also durch Steuern und Abgaben, durch kurz- und langfristige Kredite eine ungeheure Kapitalmenge in seine Hand. Er benützt sie einerseits, um grosse staatliche Inve-

stitionen wie die Autobahnen und dergleichen durchzuführen; andererseits subventioniert er mit diesen Kapitalien jene Wirtschaftszweige, an denen ihm im Interesse der Aufrüstung und der Rohstoffautarkie besonders viel gelegen ist. Zu einer Rückzahlung der aufgenommenen Kredite wird er höchstens in der Lage sein, wenn er kriegerische Eroberungen macht. Bis dahin wird er zu ihrer «Rückzahlung» immer neue freiwillige und Zwangsanleihen aufnehmen müssen.

Es besteht kaum ein Zweifel, dass Deutschland mit allen diesen Methoden seine Aufrüstung noch ein weites Stück fortsetzen kann. Italien hat mit ähnlichen Methoden den abessinischen Krieg, trotz Wirtschaftsboykott der Völkerbundstaaten, finanzieren können. Immerhin lässt sich diese Methode der Aufrüstung auf Kosten der eigenen Volkskraft natürlich nicht bis ins Unendliche ausdehnen. Da die erzeugten Rüstungswerte im Frieden nicht den Anspruch erheben können, Produktionsmittel zu sein, ist alles in ihnen investierte Volksvermögen vorläufig völlig unproduktiv. Ueberdies hat auch die Herabsetzung des Lebensstandards der Volksmassen in faschistischen Staaten gewisse, wenn auch für Durchschnittsbürger demokratischer Staaten unvorstellbar weit gezogene Grenzen. Eine stetig und heftig steigende Missstimmung in Deutschland würde den Staat zum Ausweichen, vielleicht zum Einlenken zwingen.

Ausserdem führen die deutschen Aufrüstungsmethoden auf die Dauer zu einer argen Verschlechterung des Rekrutenmaterials. Es scheint, dass sich der Gesundheitszustand bei manchen Arbeiterkategorien mit besonders ungünstigen Arbeitsbedingungen bereits jetzt merklich verschlechtert hat. Es ist daher zu erwarten, dass die deutschen Militärbehörden in absehbarer Zeit selber darauf hinweisen werden, dass eine zu starke und zu plötzliche Senkung des Lebensstandards des Volkes dem deutschen potentiel de guerre mehr schadet als nützt. Denn trotz aller technischen Umwälzungen bleibt der Mensch auch heute noch der wichtigste Faktor der Kriegsführung.

---

## Der Bevölkerungszuwachs.

Von H. Fehlinger.

Volkszahl und Volksvermehrung eines Landes stehen in enger Beziehung zum gegenwärtigen und künftigen Angebot an Arbeitskräften, das wieder von Belang für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ist. Je grösser das Angebot auf dem Arbeitsmarkt ist, desto schwieriger wird es sein, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern und selbst Verschlechterungen abzuwehren. Die rasche Zunahme der Bevölkerung im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts war den Arbeitgebern willkommen; sie gewährleistete